

# Die Ausbildungsoffensive bei den Mediziner\*innen wird kritisiert

In der ganzen Schweiz entstehen zurzeit neue Medizinstudienplätze. Auch der Bund unterstützt die Universitäten - doch den Hausärztemangel löse er damit nicht, wird nun beanstandet.

Raphaela Birrer

Fast ein Drittel aller Ärzte in der Schweiz hat ein ausländisches Diplom. Der Anteil ist bei den Assistenzärzten sogar noch höher. Jeder zweite Mediziner, der 2016 einen Facharzttitel erwarb, hatte zuvor im Ausland studiert. Das zeigt die aktuelle Statistik des Ärztesverbands FMH. Kein Wunder: Schweizer Universitäten bilden laut Gesundheitsminister Alain Berset nur ein Drittel der benötigten medizinischen Fachkräfte aus. Deshalb hat der Bundesrat vor einem Jahr eine Anschubfinanzierung von 100 Millionen Franken für 2017 bis 2020 beschlossen, damit die Universitäten mehr Medizinstudienplätze schaffen. Mit dem Geld unterstützt der Bund die Kantone, die als Träger der Hochschulen die Hauptlast der Kapazitätserweiterung tragen. Ziel ist es, bis 2025 die Zahl der Absolventen auf jährlich 1300 zu erhöhen - nur so kann gemäss Berechnungen des Bundes die Abhängigkeit von ausländischen Ärzten reduziert werden. Gegenwärtig schliessen pro Jahr rund 900 Studenten ab.

Doch jetzt wird Kritik an diesem Vorgehen laut. Die Finanzspritze aus Bern und die Anstrengungen der Universitäten reichten nicht aus, sagt Christine Bulliard-Marbach, Vizepräsidentin der nationalrätlichen Bildungscommission. Die CVP-Nationalrätin ortet drei Probleme: Die Finanzierung sei nicht nachhaltig - ab 2021 müssten die Kantone selbst für die neuen Studienplätze aufkommen. Zudem fehle ein Masterplan für die Medizinausbildung: Wie muss das Studium reformiert werden, damit künftig ein Ärztemangel in gewissen Fachgebieten verhindert werden kann? Und schliesslich vermisst Bulliard-Marbach gezielte Investitionen in die dringend benötigte Hausarztmedizin.

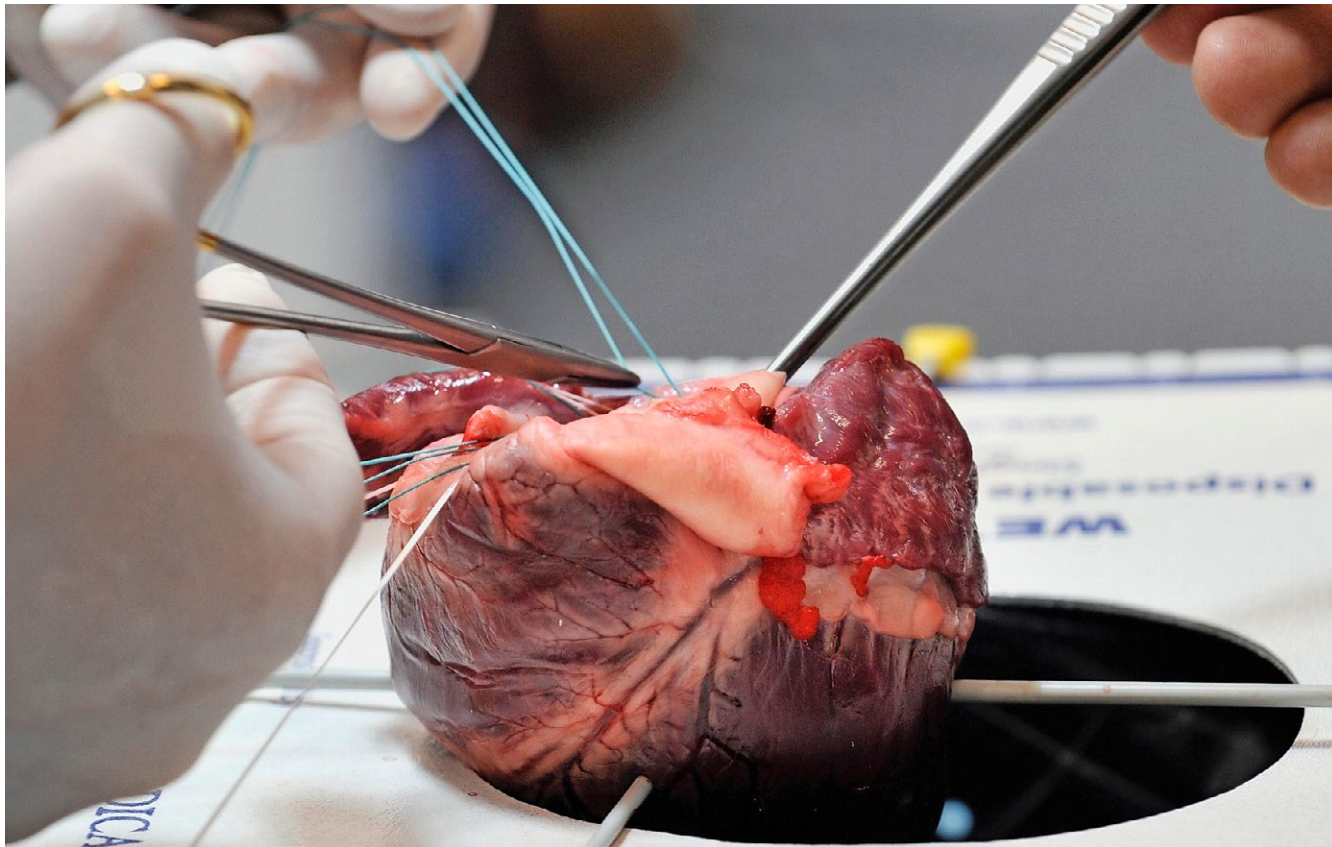
## Hausärzte befürchten Engpass

Parlamentarier von links bis rechts teilen ihre Skepsis. «Mir fehlt die Transparenz: Ist die Finanzierung über das Jahr 2020 hinaus sichergestellt?», fragt etwa FDP-Bildungspolitiker Christian Wasserfallen. Der Berner erinnert daran, dass das Gesetz beim Medizinstudium ein koordiniertes Vorgehen von Bund und Kantonen vorschreibe. «Davon spüre ich bis heute wenig bis gar nichts.» Und SP-Nationalrat Matthias Aebischer sagt: «Mit den 100 Millionen ist es nicht getan. Wir müssen überlegen, wie es nach 2020 weitergehen soll.»

Die Situation nach 2020 bereitet auch dem Haus- und Kinderärzteverband MFE Sorgen. Die neuen Studienplätze entsprächen nur dem Minimum des Bedarfs. «Wir haben keinen Spielraum. Es darf darum nicht bei einer Anschubfinanzierung bleiben», sagt Präsident Philippe Luchsinger. Auch die Hausärzte befürchten, dass ohne gezielte Massnahmen zu wenige Absolventen in der Grundversorgung tätig sein werden. Denn dort ist der Mangel im Vergleich zu den statlichen Zuwachsraten bei den Spezialisten akut: In den nächsten Jahren wird jeder zweite Hausarzt pensioniert. Es reiche «bei weitem» nicht, dass die Universität Freiburg ein Institut für Hausarztmedizin schaffen wird und auch die Hochschulen St. Gallen und Luzern mit einem neuen Masterstudium Hausärzte fördern wollen. Bestätigt sehen sich die Kritiker wegen der Pläne der ETH Zürich. Dort werden ab Herbst 2017 erstmals 90 Bachelorplätze angeboten. ETH-Präsident Lino Guzzella hat bereits die Absicht geäussert, einen Teil dieser Studenten für die Forschung zu gewinnen.

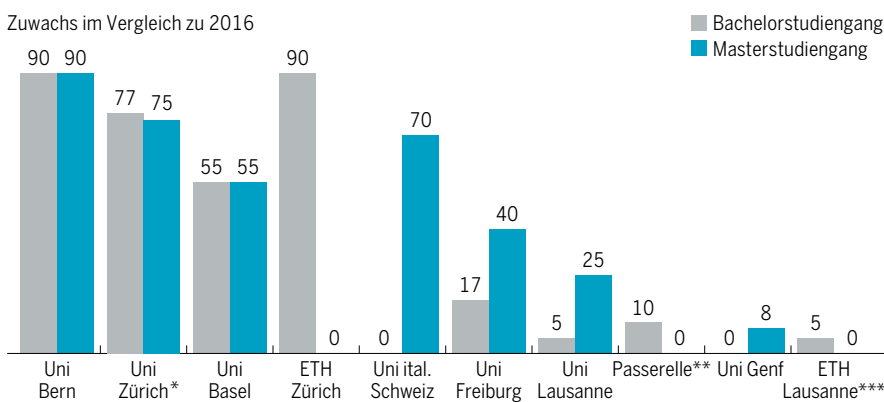
## Kosten werden unterschätzt

Doch die Vorwürfe verlieren sich im komplizierten Geflecht aus kantonalen und universitären Zuständigkeiten. Recherchen zeigen, dass selbst direkt involvierte Institutionen bezweifeln, dass die Finanzierung der neuen Studienplätze sowie der Hausärzte-Nachwuchs gesichert seien. Die Fäden der Ausbildungsoffensive laufen bei Swisuniversities, der Rektorenkonferenz der Hochschulen, zusammen. Sogar deren Präsident Michael Hengartner zeigt sich kri-



Erlernen von Operationstechniken: Medizinstudenten arbeiten an einem Schweineherz. Foto: Matthias Rietschel (AP)

## Wo die zusätzlichen Studienplätze bis 2021 entstehen



\* Joint Master mit Uni St. Gallen bzw. Uni Luzern \*\* Passerelle: aus verwandten Studienrichtungen \*\*\* Passerellen Universitäten Lausanne und Genf

TA-Grafik mrue / Quelle: Schweizerische Hochschulkonferenz, Bundesamt für Statistik

tisch. Der Rektor der Universität Zürich sagt zwar, die Bundesgelder seien nie als nachhaltige Finanzierung, sondern als Katalysator für ein verstärktes Engagement der Kantone deklariert gewesen. Aber: «Die 100 Millionen Franken werden wohl nicht einmal für vier Jahre reichen. Die Kantone werden massiv investieren müssen, um die neuen Studienplätze erhalten zu können. Sonst müssen sie die Universitäten mit Sparmassnahmen in anderen Bereichen finanzie-

## «Die 100 Millionen Franken werden wohl nicht einmal für vier Jahre reichen.»

Michael Hengartner,  
Präsident Swisuniversities

ren.» In manchen Kantonen fehle auch das Bewusstsein, wie teuer eine Medizinausbildung ist. Schätzungen zufolge belaufen sich die Kosten pro Student auf 500 000 bis 750 000 Franken. Hengartner spricht an, wovor die etablierten Medizinfakultäten warnen: dass die neuen Angebote längerfristig nicht überleben könnten, weil die Trägerkantone die Kosten unterschätzten.

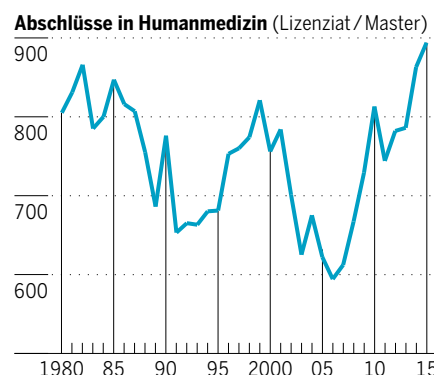
Es sei nicht ausgeschlossen, dass der Bund die Sonderfinanzierung verlängern werde, sagt Valérie Clerc, Geschäftsführerin der Hochschulkonferenz, die sich aus Vertretern des Bundes und der Kantone zusammensetzt. «Klar ist aber: Das Geld würde dann wohl in anderen Bildungsbereichen fehlen.» Die Hochschulen hätten in ihren Finanzplänen jedoch offengelegt, dass die Studienplätze über 2025 hinaus finanziert werden könnten. Zudem seien sie be-

reit, die Hausarztmedizin stärker zu berücksichtigen. «Doch sie können die Absolventen nicht in die Grundversorgung zwingen», sagt Clerc.

## Kantone wollen Verlängerung

Skeptisch war auch die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). In einem offenen Brief an Bildungsminister Johann Schneider-Ammann forderte sie «ein koordiniertes Vorgehen», damit die Bundesgelder nachhaltig eingesetzt würden. Der Ausbau der Studienplätze müsse nach 2020 finanzierbar bleiben. Heute ist EDK-Präsidentin Silvia Steiner (CVP) optimistischer: «Swisuniversities stimmt die Massnahmen aufeinander ab. Zudem werden nicht die Projekte der Universitäten, sondern die Zahl der zusätzlichen Absolventen vergütet. Das ist im Sinn der EDK.» Gleichwohl sieht Steiner den Bund in der «gesundheitspolitischen Verantwortung»: «Auch wir würden es begrüssen, wenn die Finanzierung verlängert würde. Das dürfte aber nicht zulasten anderer Bildungsbereiche gehen.»

Trotz der Beteuerungen: Für Bulliard-Marbach bestätigen sich die Bedenken. «Halbherzige Bekenntnisse zur Hausarztmedizin und finanzielle Absichten reichen nicht. Der Masterplan fehlt.» Sie wird Ende Jahr das Präsidium der Bildungskommission übernehmen und den Fokus auf die Aus- und Weiterbildung der Ärzte legen. So will sie die Idee der Medical Schools vorantreiben - ein System, in dem auch Bachelorabsolventen anderer Studiengänge zum Medizinmaster zugelassen würden. Obwohl eine solche Reform im Parlament breit gestützt wird, dürfte ihr der Widerstand der Ärzte und Kantone entgegenschlagen. Und so bleibt das Medizinstudium bis auf weiteres politisch vor allem eines: konfliktträchtig.



## Mehr Standorte

Wo neue Studienplätze entstehen

Mit der Ausbildungsoffensive soll die Zahl der Medizinstudienplätze von 1055 im Jahr 2016 auf 1418 im Jahr 2022 erhöht werden. Swisuniversities geht davon aus, dass dies ab 2025 zu insgesamt 1350 Abschlüssen pro Jahr führen wird. Bereits seit 9 Jahren bauen die Universitäten ihre Kapazitäten stark aus. Die Sonderfinanzierung des Bundes hat nun einen weiteren Schub bewirkt. Bisher konnte das Humanmedizinstudium nur an den Hochschulen Zürich, Bern, Basel, Lausanne und Genf absolviert werden. Freiburg bot einen Bachelor an; nun werden dort Masterplätze in einem neuen Institut für Hausarztmedizin geschaffen. Neue Studiengänge auf Masterstufe entstehen zudem an den Hochschulen St. Gallen und Luzern. In einem «Joint Master» führt die Uni Zürich diesen Standorten eine fixe Anzahl Bachelor-Absolventen zu. Die gleiche Kooperation besteht zwischen der Uni Basel und der Università della Svizzera Italiana. Ziel ist es, mehr Nachwuchs in die peripheren Gebiete zu bringen, da dort der Hausärztemangel besonders gross ist.

Auch die ETH Zürich steigt auf Bachelorstufe in die Humanmedizin ein - und kooperiert eng mit Zürich, Basel und dem Tessin. In der Romandie bauen Genf und Lausanne mit der EPFL die einjährige «Passerelle» aus: Dort sollen fixe Bachelor-Absolventen aus verwandten Fachrichtungen auf einen Medizinmaster vorbereitet werden. Wie die 100 Millionen des Bundes verteilt werden, hat Swisuniversities provisorisch festgelegt. Definitiv ermittelt werden die Beiträge, wenn die Unis zusätzliche Abschlüsse vorweisen können. Fest steht bereits: Die fünf bisherigen medizinischen Fakultäten erhalten 30 Millionen dafür, dass sie seit 2011 schon 240 Masterstudienplätze geschaffen haben. (rbi)